

Keine wirklich gute Nachricht

Der Landeshaushalt 2009 wird dem tatsächlichen Bedarf nicht gerecht

Die meisten Ansätze der Landesmittel für den sozialen Bereich sind „überrollt“. Angesichts der massiven Kürzungen der letzten Jahre und der Kostensteigerungen besonders im Personal- und Energiebereich ist das keine wirklich gute Nachricht für die Dienste und Einrichtungen der Caritas. Mittelfristig muss die Entwicklung der Landesmittel mindestens mit den relevanten Kostensteigerungen Schritt halten, will man nicht die soziale Landschaft in NRW bis zur Unwirksamkeit ausdünnen.

Für das Jahr 2009 wird aus der Sicht der Caritas der Landeshaushalt insbesondere daran zu bewerten sein, ob er der erklärten Zielrichtung des Landes Rechnung gerecht wird, NRW zu einem familien- und kinderfreundlichen Land zu machen. Hier gibt es klare Kriterien, an denen dieses Engagement zu messen sein wird. Der gewünschte Ausbau und die Weiterentwicklung der Tagesbetreuung für Kinder über das KiBiz erfordern angesichts der Tarifsteigerungen im TVöD und in den AVR dringend, dass die ursprünglich vorgesehene 1,5-prozentige Steigerung der Gruppenpauschalen angehoben wird. Ansonsten wird die aktuelle positive Entwicklung in diesem Bereich abgebrochen, da die Träger das von Eltern gewünschte und vereinbarte Angebot wegen unzureichender Refinanzierung nicht werden halten können. Familien würden keine Verlässlichkeit für

ihre Planung erleben. Ebenfalls darf nicht per Haushaltsvorgabe der Ausbau für unter Dreijährige auf ein 25-Stunden-Angebot begrenzt werden, sondern er muss dem Bedarf der Familien entsprechen. In einem weiteren Bereich steht die Politik auf dem Prüfstand: Mit der Einführung der Familienzentren war der Wille erklärt worden, hier ortsnah in den Familienzentren auch begleitende Hilfen für Familien wie Erziehungsberatung anzubieten. Klar war von vornherein, dass damit auch die Inanspruchnahme solcher Angebote eingeplant werden muss und insofern ein höherer Bedarf erkennbar werden würde, der eine bedarfsgerechte Ausweitung des Beratungsangebotes nach sich ziehen muss. Die dafür erforderliche Mittelausweitung für die Erziehungsberatung ist im vorliegenden Entwurf des Haushaltes noch nicht vorgenommen worden. Der Bedarf an beratenden, bildenden und begleitenden Hilfen für Familien wird also nicht beantwortet. Im Gegenteil: Es wurde angekündigt, dass der Mittelansatz für die Koordinationsstellen für Familienpflege beginnend im Jahre 2009 reduziert werden soll. Dabei haben sich diese besonders durch die jüngsten konzeptionellen Entwicklungen gerade auch mit ihrem aufsuchenden Konzept in der Anleitung und „Bildung“ von benachteiligten Familien – zum Beispiel über Haushaltsorganisationsstrainings bewährt.

An diesen ganz konkreten Punkten zeigt sich, wie wenig tragfähig und glaubwürdig NRW zum familienfreundlichen Land entwickelt wird.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass das Land auch mit eigenen Mitteln die Existenz-

gefährdung für Krankenhäuser abwendet. Die Einflussnahme in Richtung Bundesebene mit der Forderung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes ist hier erfreulich, aber nicht ausreichend. Nach Abzug der Ansätze für die Ausfinanzierung von „alten“ Baumaßnahmen und für das Sonderprogramm „Krankenhausportal“ bleiben faktisch nur unzureichende 106,9 Millionen Euro an Investitionsmitteln für die Krankenhäuser zur Verfügung. Demgegenüber steht ein durch ein Gutachten des RWI nachgewiesener Investitionsstau von 9 400 Millionen Euro. Die Caritas fordert keineswegs einen unreflektierten Erhalt eines jeden Krankenhauses. Wohl aber ist im Interesse einer angemessen wohnortnahen und qualitativ ausreichenden Versorgung mit Krankenhäusern in NRW eine Anhebung der Investitionsmittel erforderlich. ◀

Beate Evers,

Diözesan-Caritasverband Münster

Zu wenig Wohnungen für Arme

Köln – Fehlenden Wohnraum für hilfebedürftige Menschen hat der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel beklagt. Wohnungen für ehemalige Obdachlose, alte und behinderte Menschen und Menschen in sozialen Schwierigkeiten seien knapp geworden. Vielerorts seien die Kommunen nicht mehr in der Lage Hilfebedürftige in ihrer Verantwortung mit Wohnraum zu versorgen. „Es ist tatsächlich eine Not mit der Wohnungsnot“, sagte Hensel. Als Gründe nannte er den Rückgang öffentlich geförderter Neubauwohnungen, das Auslaufen von Belegungsbindungen und den steigenden Flächenbedarf von reicheren Haushalten. ◀



„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Kaiserswerther Str. 282–284

40474 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

Noch viele Fragen ungelöst

Ein Zwischenfazit nach 100 Tagen Kinderbildungsgesetz

Seit dem 1. August ist das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Nordrhein-Westfalen in Kraft. Knapp 100 Tage – ein guter Anlass für ein erstes Resümee. Dabei fällt die Bewertung des Gesetzes und seiner Auswirkungen auf den ersten Blick sicherlich besser aus, als es die heftige Kritik bei der Verabschiedung des Gesetzes erwarten ließ.

Dies liegt in erster Linie daran, dass es durch das Gesetz und die damit verbundenen Diskussionen gelungen ist, den Ausbau der Betreuung der unter dreijährigen Kinder tatsächlich einen erheblichen Schritt voranzubringen und gleichzeitig die Betreuungszeiten der Kinder entsprechend den Wünschen der Eltern auszubauen. Diese Entwicklung zeigt, dass in der Vergangenheit der Betreuungsbedarf der Familien in diesen beiden Punkten offensichtlich deutlich unterschätzt wurde. Dass diesem Bedarf nun Rechnung getragen wird, ist sowohl aus Elternperspektive als auch aus fachlicher Sicht positiv zu werten.

Natürlich sorgt eine solche Entwicklung aber auch für eine erneute Diskussion um die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes. Durch die Ausdehnung des Betreuungsbedarfes wurden die Etatansätze des laufenden Haushaltsjahres sowohl beim Land als auch bei vielen Kommunen überschritten. Erhoffte Einsparungen aufgrund des neuen Finanzierungssystems wurden überkompensiert. So wird im Augenblick lebhaft die Frage diskutiert, ob die von den Eltern nachgefragten Betreuungszeiten von ihnen tatsächlich benötigt werden – daher wird im Laufe des Monats November die tatsächliche Anwesenheit der Kinder in den Tageseinrichtungen erhoben. Aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege kann nur so dem Vorwurf entgegengewirkt werden, dass die Nachfrage nach Betreuungszeiten durch die Träger im eigenen Interesse „künstlich“ ausgedehnt wurde. (NB: Die Ergebnisse der Erhebung haben im laufenden Kindergartenjahr keine finanziellen Auswirkungen – für die Finanzierung durch die Pauschalen sind allein die abgeschlossenen Betreuungsverträge entscheidend.)

Aber auch mit Blick auf das kommende Haushaltsjahr wird das Bestreben deutlich, möglichen erneuten Finanzmehrbedarf von vorneherein zu beschränken: Neue Plätze für die Betreuung unter dreijähriger Kinder

sind auf die Betreuungszeit von 25 Stunden beschränkt. Auch die von allen Trägern geforderte zusätzliche Erhöhung der Pauschalen über die vereinbarten 1,5 Prozent hinaus aufgrund der nicht vorhersehbaren Tarifsteigerungen ist im Haushalt nicht vorgesehen. Diese Haushaltseinschränkungen sind nicht akzeptabel und begrenzen die Umsetzung des Ziels einer umfassenden frühkindlichen Förderung. Die kommunalen Spitzenverbände kritisieren darüber hinaus, dass das Land nur einen Teil der seitens des Bundes gezahlten Betriebsmittel für die Betreuung der unter Dreijährigen an die Kommunen weitergibt, obwohl im „Krippenkompromiss“ vom Sommer 2007 die vollständige Weitergabe an die Kommunen vereinbart wurde. Mit Spannung kann man jetzt schon einmal erwarten, wie denn wohl die Diskussionen um den Bedarf für das Kindergartenjahr 2009/2010 im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung in den kommenden Wochen und Monaten ablaufen werden.

Weiter Unsicherheit bei den Trägern

Auch wenn das neue Gesetz jetzt schon ca. 100 Tage gültig ist, so bleiben doch noch eine Vielzahl von Problemen, die im Auge behalten werden müssen:

- ▶ So ist in diesen Tagen der abschließende Verwendungsnachweis nach dem GTK zu erstellen, ohne dass bisher für das Problem der alten „Altersteilzeitfälle“ eine befriedigende Lösung gefunden werden konnte.
- ▶ Große Sorgen bereiten teilweise auch die baulichen Voraussetzungen in den Kindertageseinrichtungen für die verstärkte Betreuung der unter Dreijährigen und die häufigere Übermittagsbetreuung im Rahmen längerer Betreuungszeiten. Die Bewilligung der bereitgestellten Investitionsmittel des Bundes läuft erst jetzt an; der Abbau des vorhandenen Antragsberges wird sicherlich noch Monate in Anspruch nehmen.

- ▶ Ähnliches gilt für die noch ausstehenden Betriebserlaubnisse. Teilweise können die Träger die geforderten Bedingungen aber auch bisher noch nicht erfüllen, da die benötigten Investitionsmittel fehlen.

„Technische Kleinigkeiten“ – könnte man sagen. Aber durch diese „Kleinigkeiten“ wird die vorhandene Unsicherheit in den Einrichtungen und bei den Trägern weiter verstärkt. Und das in einer Situation, in der alle Kräfte gefordert sind, um das vorhandene Angebot fachlich weiterzuentwickeln und so konkurrenzfähig zu erhalten.

Orientierung am Bedarf der Eltern

Das Ziel Wettbewerbsfähigkeit verlangt von den Einrichtungen, mit dem eigenen Angebot den Wünschen und dem Bedarf der Eltern Rechnung zu tragen und dies gleichzeitig mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Dazu bedarf es größtmöglicher Sicherheit und Verlässlichkeit in den Rahmenbedingungen. Dies konnte in den letzten Monaten nicht erreicht werden – zu viele Fragen blieben ungelöst bzw. brauchten zu lange, bis eine Lösung erreicht werden konnte.

Dies gilt leider auch für die Klärung der konkreten Möglichkeiten der berufsbegleitenden Qualifizierung der Ergänzungskräfte ohne Fachkraftqualifikation. Ein Curriculum, das den Vorgaben der KMK entspricht, wurde im Schulministerium erarbeitet; alles weitere „bedarf noch der Klärung“. Dies darf nicht die Standardauskunft in Sachen KiBiz bleiben. ◀ *Heinz-Josef Kessmann,*

Diözesan-Caritasdirektor in der Diözese Münster

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Kaiserswerther Str. 282–284, 40474 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25;
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Abo-Fragen: Monika Natschke,

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 052 51/153-220;

E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

60 000 Anrufe im Jahr

Essen – 60 000 Anrufe verzeichneten die drei Beratungsstellen der Telefon-Seelsorge im Bistum Essen im vergangenen Jahr. Entgegengenommen wurden sie durch sechs hauptamtliche Fachkräfte und 240 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Telefon sind Hauptthemen der Gespräche Beziehungsprobleme, psychische Erkrankungen, Einsamkeit und zunehmend auch existenzielle Auswirkungen materieller Not sowie Fragen nach Sinn und religiöser Orientierung. Fast täglich ruft ein Mensch in akuter suizidaler Situation die Telefon-Seelsorge an. Telefon-Seelsorge wird selten als Erstanlaufstelle zum Verweis auf spezielle Hilfs-, Beratungs- und Seelsorgedienste von den Anrufern in Anspruch genommen. Vielmehr suchen sie das Gespräch im Hier und Jetzt. Zum 1. Januar 2008 war die Telefon-Seelsorge in die Trägerschaft der Caritas übergeben worden. ◀ (cpe)

Mehr Kuren vermittelt

Münster – Die Zahl der von der Caritas im Bistum Münster vermittelten Mutter-Kind-Kuren ist deutlich gestiegen. Im ersten Halbjahr 2008 konnten die 28 Beratungsstellen 1 388 Frauen in eine Kur schicken und damit über 40 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, wie der Verband in Münster mitteilte. Ein Grund sei die verbesserte Zusammenarbeit mit

AOK und IKK. Die Ablehnungsquote liege bei diesen Kassen bei 12 beziehungsweise 18 Prozent. Bei den übrigen Krankenversicherern liege sie zwischen 25 und 67 Prozent. ◀ (KNA)

Mehr Kuren auch in Essen

Essen – Die neun Kurberatungsstellen der Caritas im Bistum Essen haben im vergangenen Jahr 682 Mutter-Kind-Kuren vermittelt. Das waren 151 oder knapp 30 Prozent mehr als im Jahr 2006, wie der Diözesan-Caritasverband in Essen mitteilte. Die Zahl der vermittelten Mütterkuren sei im selben Zeitraum von 33 auf 47 gestiegen. Trotz des „erfreulichen“ Aufwärtstrends gebe es keine „Luxusversorgung“. Die jetzigen Zahlen entsprächen dem Stand vor dem Einbruch von 2002, hieß es. Die Caritas wies darauf hin, dass Mutter-Kind-Kuren seit Jahresbeginn 2007 Pflichtleistungen seien. Die Krankenkassen müssten medizinisch notwendige RehaMaßnahmen bewilligen. Insgesamt haben die Caritasmitarbeiter im vergangenen Jahr 1 750 Kurberatungsgespräche geführt, etwa 200 mehr als im Jahr zuvor. ◀

LICHTBLICKE ausgezeichnet

Oberhausen – Die landesweite Spendenaktion LICHTBLICKE hat den Sonderpreis der Landesanstalt für Medien (LfM) erhalten. Damit wurde das

„herausragende Engagement“ von Caritas, Diakonie und NRW-Lokalradios gewürdigt, wie die Redaktion Katholische Kirche im Privatfunk (KiP) in Oberhausen bekannt gab. Den mit einer Skulptur versehenen und mit 2 500 Euro dotierten Preis überreichte der stellvertretende LfM-Direktor Jürgen Brautmeier im Rahmen der 17. Verleihung der LfM-Hörfunkpreise. ◀

LICHTBLICKE: Spendenrekord

Die Aktion LICHTBLICKE der NRW-Lokalradios und Caritas und Diakonie verzeichnet ein Rekordergebnis bei den Spenden für Not leidende Kinder und Familien. Das Geschäftsjahr 2007/2008 ist im September mit 2,88 Millionen Euro Spenden zu Ende gegangen. Das sind 600 000 Euro mehr als im Vorjahr. Schirmherrin der Hilfsaktion ist Angelika Rüttgers. Die 11. Spendensaison hat Anfang Oktober begonnen. Dabei nehmen die 45 Lokalradios in NRW telefonisch Musikwünsche und Spendenzusagen entgegen. In der vergangenen Saison sind 2 720 Anträge auf Unterstützung eingegangen. 2 324 davon sind positiv beschieden worden. Der größte Teil der Spenden ging in schnelle, unbürokratische Hilfen vor Ort. Elf „Leuchtturmprojekte“ von Caritas und Diakonie erhielten insgesamt 320 000 Euro Unterstützung. ◀

Land will Wohnungslosenhilfe kürzen

Das Land will sein Programm „Hilfe für Wohnungslose“ streichen und 1,2 Millionen Euro einsparen. Begründet wird die Kürzung mit dem statistischen Rückgang der Obdachlosenzahlen um 70 Prozent. Doch die Wirklichkeit sagt etwas anderes als die Statistik.

Denn die alte Obdachlosenstatistik berücksichtigte nur die Betroffenen, die von den Ordnungsbehörden gezählt wurden. Das sind die, die in kommunalen Notunterkünften untergebracht sind. Dass die Zahl der Wohnungslosen höher liegt, weiß selbst das Land und hat gemeinsam mit der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege die Statistik weiterentwickelt. Jetzt werden auch die mitgezählt, die von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe versorgt werden, das waren

zuletzt (30.6.2006) 21 600 Menschen. Gleichzeitig beobachtet die Freie Wohlfahrtspflege, dass die Zahl der Räumungsklagen sowie der Zwangsräumungstermine wieder steigt. Auch der Druck auf den Wohnungsmarkt im Segment der kleineren und preisgünstigeren Wohnungen nimmt zu.

Zu diesem Zeitpunkt das so erfolgreiche Förderprogramm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ einzustellen, bedeutet nach Auffassung der

Wohlfahrtsverbände, auf dessen positiven Effekt bewusst zu verzichten. Ziel der Projekte im Landesprogramm war vor allem, sozialer Not präventiv zu begegnen. Von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen brauchen Anlaufstellen, Ansprechpartner und das Gefühl, nicht abgeschrieben zu sein. Kurz: Orte, an denen sie soziale Wärme erfahren. Bislang liegen 130 erfolgreiche Projekte vor, die regional entwickelt wurden und regional gewirkt haben. ◀ M.L.

Hinweis: Die deutsche Caritas startet im Jahr 2009 ihre Jahreskampagne zum Thema „Menschen am Rande“. Mehr dazu in Ausgabe 1/2009 von „Caritas in NRW“ (erscheint Anfang Januar).

Schritte für mehr Selbstbestimmung

Freie Wohlfahrtspflege und Landschaftsverbände bauen ambulantes Wohnen von Menschen mit Behinderungen aus

Gemeinsame Grundsätze und Handlungsmaximen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen haben die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland vereinbart.

Diese knüpfen an eine erste Vereinbarung aus Mai 2006 an, die zum Ausbau ambulanter Wohnformen bei gleichzeitiger Reduzierung der damals rund 36 000 Heimplätze führte. Abgebaut wurden seither in ganz NRW 1 800 Heimplätze. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ entspricht den Bedürfnissen und den Kompetenzen vieler Menschen mit Behinderungen, sagte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) Wolfgang Altenbernd. Mit entsprechender Unterstützung und Begleitung könnten sie ihr Leben in einer eigenen Wohnung wesentlich selbstständiger gestalten.

Geplant ist, bis zum Ende des Jahres 2011 sowohl im Rheinland als auch in Westfalen-Lippe jeweils 500 weitere Plätze in stationären Einrichtungen abzubauen. Der Anteil

ambulanter Hilfen von zurzeit 40 Prozent soll hierdurch weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig wurde der Abbau von Mehrbettzimmern in den stationären Heimen verabredet. Ergänzend zur Zielvereinbarung verständigten sich die Landschaftsverbände und die Freie Wohlfahrtspflege auf eine Empfehlung zur Anpassung der Vergütung der ambulanten und stationären Wohnangebote. Diese sieht für das Jahr 2009 eine Erhöhung um 4,95 Prozent für den stationären Bereich vor. „Diese Erhöhung“, so Altenbernd, „trägt in besonderer Weise den angespannten finanziellen Möglichkeiten der meisten Kommunen Rechnung. Sie entspricht, darin sind wir uns mit den Landschaftsverbänden einig, nicht den tatsächlichen Kostensteigerungen, insbesondere bei den Löhnen, in den letzten Jahren.“ ◀

Caritas für Zuständigkeit in einer Hand

Entscheidung der Landesregierung begrüßt: Landschaftsverbände sind weiter umfassend für die Menschen mit Behinderungen zuständig

Die Caritas in NRW hat die Entscheidung der Landesregierung begrüßt, wonach die beiden Landschaftsverbände weitere fünf Jahre für das ambulant betreute Wohnen von Menschen mit Behinderungen zuständig sind.

Bis 2003 hatten diese Aufgabe die Kreise und Kommunen erfüllt. Danach hatten die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR) in einem Modellversuch die Zuständigkeit erhalten. Bis 2013 bleibt es jetzt dabei. Fach- und finanzpolitisch war es nach Auffassung der Caritas richtig, die Zuständigkeit für ambulante und stationäre Leistungen der Eingliederungshilfe zum selbstständigen Wohnen in eine Hand zu legen. Für die Caritas steht das Wohl

der Betroffenen an erster Stelle, deshalb drängt sie stets auf sachgerechte Entscheidungen über die Unterbringung im ambulanten oder stationären Wohnen. Daher ist es sinnvoll, die Entscheidung über stationäre oder ambulante Betreuung auf der Ebene des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe zu treffen.

LWL und LVR ist es gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege seit dem Wechsel der Zuständigkeit 2003 gelungen, die Zahl der behinderten Menschen, die betreut in den eigenen vier Wänden leben, von 15 300 (2004) auf 26 400 (2007) zu steigern. Neben dem Ziel, so mehr Lebensqualität für die Betroffenen zu erreichen, konnten auch deutliche Kosteneinsparungen erreicht werden. ◀

Weihnachtsmarken mit Kunst-Motiven

Die Sonderpostwertzeichen-Serie „Weihnachten“ zeigt 2008 mit Werken Albrecht Dürers und Raffaellos Darstellungen des Weihnachtsgeschehens von zwei der bedeutendsten Künstler der Renaissance.

Der Flügelaltar, den Albrecht Dürer um 1500 im Auftrag der Nürnberger Patrizierfamilie Paumgartner schuf, befand sich ursprünglich im südlichen Seitenschiff der Dominikanerinnen-Klosterkirche St. Katharina in Nürnberg. Es handelt sich um einen der ersten großen Aufträge, die der junge Maler nach seiner prägenden Italienreise 1494/95 in der Heimatstadt ausführen konnte. Das Sonderpostwertzeichen mit dem Wert 45+20 Cent zeigt die Mitteltafel des Altars, auf der die Geburt Christi dargestellt ist. Von kindlichen Engeln umgeben, liegt das Neugeborene auf dem Mantelzipfel seiner Mutter Maria gebettet.



Das Sonderpostwertzeichen mit dem Wert 55+25 Cent zeigt ein kleines Fresko mit der Anbetung der Könige aus der Werkstatt Raffaellos. Es ist Teil der komplexen Ausstattung der Loggia im oberen Stockwerk des Apostolischen Palastes. Die Verbindung christlicher Ikonographie mit dem Studium der Antike spiegelt sich in den Figuren der anbetenden Könige und ihres Gefolges, das mit Gesten der Überraschung und Neugierde dem Geschehen im Stall beiwohnt. Die Besucher präsentieren ihre Gaben und küssen die Füße des göttlichen Kindes, das in eleganter Pose im Schoß seiner schönen Mutter ruht, die die Augen demütig niederschlägt. ◀

Befähigungsinitiative erfolgreich

Caritas-Delegiertenversammlung einigt sich nicht auf eine Mindestlohn-Empfehlung

Ein positives Fazit der Befähigungsinitiative hat der Deutsche Caritasverband (DCV) gezogen. „Es ist uns gelungen, eine breite Öffentlichkeit für die Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu sensibilisieren“, sagte Caritas-Präsident Peter Neher zum Abschluss der Delegiertenversammlung in Essen.

Drei Jahre intensiven Engagements hätten dazu beigetragen, dass erfolgreiche Caritas-Aktionen bekannt und gebündelt wurden und es zu einer stärkeren Vernetzung innerhalb des Verbandes kommen konnte. Künftig werde sich der DCV „noch intensiver“ in bildungspolitische Debatten einbringen, kündigte Neher mit Blick auf den „eindeutigen Zusammenhang zwischen Bildung und Befähigung und der Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Armut“ an.

des Verbandes nicht auf einen konkreten Vorschlag als Beitrag in der politischen Debatte einigen. Eine staatliche Mindestlohnpolitik müsse die Beschäftigungschancen der Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen oder verfestigten Vermittlungshemmnissen im Blick haben, betonte Präsident Neher. Grundsätzlich sei branchenspezifischen Lösungen, bei denen die Tarifparteien oder arbeitsrechtlichen Kommissionen im Dritten Weg eine starke Stel-



Rund 190 Delegierte aus Diözesan- und Orts Caritasverbänden, aus Fachverbänden und Ordensgemeinschaften diskutierten auf der Delegiertenversammlung in Essen drei Tage über zentrale sozial- und verbandspolitische Fragen. Vor die Presse traten Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes (Essen), Generalsekretär Georg Cremer und Caritas-Präsident Peter Neher (v.l.n.r.). Foto: Lahrmann

Für die Jahre 2009 bis 2011 plant der Verband eine Initiative, die unter dem Arbeitstitel „Selbstbestimmte Teilhabe, Würde und Gerechtigkeit“ dazu beitragen will, dass Menschen am Rand, Menschen im Alter und Menschen mit Behinderung den Platz in der Gesellschaft finden, der ihrer Würde und ihren Möglichkeiten entspreche. 2009, im Jahr der Bundestagswahl, werde sich der Verband in besonderer Weise für Menschen am Rand stark machen; das sei eine Frage der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. Intensiv diskutiert wurde auf der Delegiertenversammlung auch die Frage eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes. Dabei konnte sich das höchste Beschlussorgan

lung behielten, Vorrang vor einem gesetzlich geregelten Mindestlohn zu geben. Dabei geht es der Caritas in der Debatte nicht um die eigene Wettbewerbsfähigkeit. „Unsere Löhne, auch bei helfenden Berufen, sind weit über den Löhnen, die auf staatlicher Ebene diskutiert werden“, betonte Generalsekretär Georg Cremer. Die Caritas habe kein Problem, dass sie schlechte Löhne zahle, zumindest bei den Trägern, die sich an die Arbeitsvertragrichtlinien (AVR) der Caritas hielten. Auf der anderen Seite bestehe die Gefahr, dass die Kostenträger bei einem geltenden Mindestlohn die Refinanzierung erschweren, weil sie diesen dann als Maßstab nähmen.

Auch die innerkirchliche Situation beschäftigte die Delegiertenversammlung. Sie begann einen Diskussionsprozess über die Rolle und den Beitrag der verbandlichen Caritas in den neuen pastoralen Räumen. Denn in vielen Bistümern beteiligt sich die Caritas aktiv an der Gestaltung von neuen Seelsorgestrukturen, die durch Verbände, Fusionen oder Kooperationen von Pfarreien in vielen Diözesen entstehen. Der Vorsitzende der Kommission Caritasprofil, der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, kündigte ein Impulspapier und einen Fachtag an. „In dieser Diskussion ist ein gemeinsames Vorgehen von Caritas und Seelsorge wichtig“, betonte Meiwes. Er verwies auf sehr positive Erfahrungen mit der Gründung von Caritaszentren wie in Duisburg oder der Ansiedlung von niedrigschwelligen Beratungsdiensten in den Räumen von Pfarreien. Damit werde Kirche in ihrem sozialen Engagement vor Ort weiterhin erfahrbar. ◀

M. Lahrmann

Wissenschaftspreis geht nach NRW

Der mit 1000 Euro dotierte Gertrud-Luckner-Preis des Deutschen Caritasverbandes (DCV) geht in diesem Jahr nach NRW.

Ausgezeichnet wurde Anke Hettinger-Schneider, die sich in ihrer Diplomarbeit mit dem Thema „Farben und Formen – Eine Möglichkeit der Kommunikation für Menschen mit Demenz“ beschäftigt hat. Übergeben wurde der Preis im Rahmen der Delegiertenversammlung in Essen.

Die Arbeit entstand an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln, im Fachbereich Sozialwesen. Angeregt und betreut wurde sie von dem Erziehungswissenschaftler Albert Wunsch. Mit dem Gertrud-Luckner-Preis erinnert der DCV an die Lebensleistung von Dr. Gertrud Luckner (1900–1995). Als Abteilungsleiterin hat sie wesentliche Akzente für die Caritas und die soziale Arbeit in Deutschland gesetzt. ◀

Erinnerung an Lorenz Werthmann

Vor 150 Jahren, am 1. Oktober 1858, wurde im Rheingau Lorenz Werthmann geboren. Er gründete 1897 in Köln den deutschen Caritasverband – und machte damit die Caritas zu dem, was sie auch heute noch ist: Anwalt und Partner benachteiligter Menschen. Die Caritas feiert ihren Gründer und die Deutsche Post ehrt Lorenz Werthmann mit einer Briefmarke zum 150. Geburtstag.

Nach seiner Priesterweihe 1886 und Promotion in Rom erlebte Werthmann als Domkaplan in Frankfurt Armut und Elend einer Großstadt. Von Freiburg aus verfolgte er mit Interesse die entstehende Caritasbewegung, studierte erneut die soziale Frage und traf sich mit Vertretern der katholischen Sozialpolitik und des katholischen Verbändewesens. Sie teilten seine Vorstellungen, die zahlreichen katholisch-caritativen Vereine, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts gebildet hatten, in einer schlagkräftigen und durchsetzungsfähigen Organisation zu bündeln. Er war jemand, „der andere bedrängen konnte, der damit aber auch etwa eine Vision umsetzen konnte“, sagt der heutige Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel. Diese Vision konkretisierte sich in Köln: Am 9. November 1897 rief der 39-jährige Werthmann auf dem zweiten Caritastag zur Gründung des Caritasverbandes auf und konnte so die drohende Zersplitterung der sozialen Hilfsangebote auf katholischer Seite abwenden. Werthmanns Arbeit trieb zunächst „manchem in der damaligen Kirchenhierarchie zunächst mal Sorgenfalten in die Stirn“, sagt Hensel. „Weil er da etwas vorantrieb mit einer Kraft, die man so gar nicht bändigen konnte“, so Hensel. Erst knapp zwanzig Jahre später und angesichts der Not vieler Menschen im 1. Weltkrieg haben die Bischöfe die Caritas als den Sozialverband der katholischen Kirche anerkannt.



Heute ist die Caritas nicht mehr wegzudenken aus der deutschen Kirche. „Wir verdanken es Lorenz Werthmann, diesem mutigen und tatkräftigen Seelsorger, dass die vielfältigen katholischen Sozialwerke heute eine deutschlandweit handlungsfähige und hochge-

schätzte Organisation der Nächstenliebe bilden“, würdigte Erzbischof Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, kürzlich das Wirken des Gründers des Deutschen Caritasverbandes. „Verbandliche Caritas ist Aufgabe der gesamten Kirche; sie ist jedoch noch viel mehr: Sie ist im wahrsten Sinne Kirche“, so Zollitsch. Und der Mainzer Kardinal Karl Lehmann sieht in Werthmann den „Pionier der modernen Caritasarbeit“. Werthmanns Ziel sei die Schaffung einer Organisation der gesamten katholischen Nächstenliebe gewesen, die „soweit sie institutionell ausgerichtet war, von möglichst vielen gebildeten Mitarbeitern getragen und durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wirksam werden sollte“, sagte Lehmann. ◀